

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/15

Bonn, den 23. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Im Wort geblieben</u>	80
	Innere Reformen sind und bleiben die Zielsetzung der Regierung Brandt und Scheel	
2 - 3	<u>Computer frißt Antworten</u>	61
	Programmierte Unterweisung auf neuen Wegen - Hilfe für Lehrer	
4	<u>Madrid - Bonn - Moskau</u>	49
	Neue Perspektiven der spanischen Außenpolitik Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	
5 - 6	<u>Überwindung einer 50jährigen Zersplitterung?</u>	67
	Wenig Chancen für den "Dialog" mit den Kommunisten Von Georg Scheuer, Paris	

Im Wort geblieben

Innere Reformen sind und bleiben die Zielsetzung
der Regierung Brandt und Scheel

sp - Die Ost- und Deutschlandpolitik hat in den vergangenen Wochen immer wieder im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestanden. Das ist verständlich. Einmal, weil auf diesem Gebiet jede Art von Spekulation möglich ist und weil sich deswegen meist recht interessante Schlagzeilen fabrizieren lassen. Zum anderen aber auch, weil diejenigen, mit denen wir es im Osten zu tun haben, stets mit Maximalforderungen an uns herantreten und auf diese Weise den innenpolitischen Gagnern der Regierung Brandt/Scheel Munition für die Behauptung liefern, es hätte doch alles keinen Sinn.

Hierüber ist die Westpolitik, aber auch die Innenpolitik in der Publizistik etwas zu kurz gekommen. Es scheint schon ganz vergessen zu sein, daß es Brandt bei der europäischen Gipfelkonferenz in Den Haag gelungen ist, dem Europaschiff wieder neuen Antrieb zu geben. Auch die darauffolgende Marathonsitzung in Brüssel, bei der die europäische Agrarpolitik wieder in Gang gebracht werden konnte, gehört zu den Pluspunkten der SPD/FDP-Regierung. Ferner: Die Bündnis- und Sicherheitspolitik wurde schon in den ersten 100 Tagen der Regierung Brandt/Scheel gefestigt und gilt heute als die solide Grundlage für die weitere Entwicklung der Bemühungen der Bundesregierung um eine Entspannung des Ost-West-Verhältnisses in Europa.

Innenpolitisch hat die Regierung Brandt/Scheel bereits jetzt zu erkennen gegeben, welche Bedeutung sie dem Wort Brandts in dessen Regierungserklärung beimißt, er wolle ein Kanzler der inneren Reformen sein.

Für alle Rentner wird die Einkommensverbesserung durch den Wegfall des zweiprozentigen Krankenkassenbeitrages erreicht. Die Dynamisierung der Kriegsofferrenten ist gesichert. Das Städtebauförderungsgesetz, das wegen des Widerstandes der CDU/CSU in der vorigen Legislaturperiode nicht verabschiedet werden konnte, wird demnächst im Parlament aufgrund einer Vorlage der Regierung Brandt/Scheel zur Debatte stehen.

Der Bundeshaushalt für das Jahr 1970 wurde so gestaltet, daß er Spielraum für antizyklische Maßnahmen enthält, mit deren Hilfe die preisstabilisierende Funktion der Aufwertung der DM unterstützt werden kann. Die Spitzenorganisationen der Unternehmer, der Gewerkschaften und die Deutsche Bundesbank sind sich einig darüber, daß im Rahmen der konzertierten Aktion die Sicherung der Arbeitsplätze und das weitere wirtschaftliche Wachstum ohne Stagnation erreicht werden kann. Die Förderungshilfen für strukturschwache Gebiete bleiben davon unberührt; sie werden trotz der angekündigten Dämpfungsmaßnahmen durchgeführt.

Für die Förderung des Bildungswesens - Schulen, Hochschulen, Ausbildungswesen - wird der Bund im kommenden Jahr etwa 36 Prozent mehr ausgegeben als 1969.

Die Diskussion über die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts für Arbeitnehmer hat durch den Bericht der Biedenkopf-Kommission neue Impulse erhalten. Die Mitbestimmung wird in absehbarer Zeit sicher eines der Probleme sein, durch dessen Lösung neue Akzente für die Demokratisierung unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens gesetzt werden können.

Alles dies ist nur möglich gewesen, weil die Regierung Brandt/Scheel vom ersten Tage ihrer Existenz an zielbewußt und mit klaren Vorstellungen an die Verwirklichung jener Aufgaben herangegangen ist, die Bundeskanzler Brandt bereits in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 so umrissen hat:

- * "Die Bundesregierung wird im kommenden Jahr, dem ersten des neuen Jahrzehnts, in Ergänzung dieser Erklärung ihre Pläne und Vorhaben auf dem Gebiet der inneren Reform unseres Landes dem Parlament und der Öffentlichkeit in Einzelberichten unterbreiten.
- * Sie wird im Januar 1970 den Bericht zur Lage der Nation erstatten, im Februar den Jahreswirtschaftsbericht zur Diskussion stellen.
- * Im März wird die Bundesregierung den Bericht über die Lage der Landwirtschaft, im April den Sozialbericht vertreten.
- * Im Mai wird die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der Bundesregierung, im Juni das Weißbuch zur Verteidigungspolitik vorgetragen werden.
- * Nach den Parlamentsferien werden Berichte über die Verkehrspolitik und die Gesundheitspolitik, über Raumordnung und Städtebau, über die Vermögensbildung und über die Steuerreform folgen.
- * Damit werden das Parlament und die Öffentlichkeit im ersten der siebziger Jahre ein umfassendes Bild der Reformpolitik der Regierung gewinnen können."

Dem ist nichts hinzuzufügen. Nur wer Opposition um jeden Preis machen will, könnte behaupten, die Regierung Brandt/Scheel sei nicht im Wort geblieben.

+ - +

Computer frißt Antworten

Programmierte Unterweisung auf neuen Wegen - Hilfe für Lehrer

Das Wissen der Menschheit wächst heute so schnell wie nie zuvor. 90 Prozent der Wissenschaftler, die je gelebt haben, arbeiten in unseren Tagen. Vor allem im Bereich der Naturwissenschaften und der Technik schreitet die Entwicklung so rasch voran, daß das Ingenieurwissen schon nach fünf Jahren überholt ist. Daraus ergeben sich zwei Forderungen: Der Lernprozeß darf nach Schule und Universität nicht beendet sein, und es müssen neue Wege gefunden werden, um die ständig steigende Flut des Lehrstoffs trotz Lehrermangels mit dem notwendigen Nutzeffekt darzubieten. Eine von Siemens entwickelte Methode der programmierten Unterweisung mit Hilfe des Computers eröffnet hierfür vielversprechende Möglichkeiten.

Bei dieser Methode der programmierten Unterweisung, die zunächst in Buchform erprobt wurde, wird den Schülern der auf das optimale Lernvermögen abgestimmte Lehrstoff in kleinen Einheiten dargeboten. Der Schüler muß sich mit Hilfe eines Fragenteils selbst kontrollieren und bei einer falschen Antwort den entsprechenden Abschnitt noch einmal durcharbeiten.

Effekt und Anwendungsbereich der programmierten Unterweisung lassen sich wesentlich erweitern, wenn der Lehrstoff in einem Computer gespeichert ist und - wiederum in kleine Lernschritte aufgeteilt - bildlich auf einem Datensichtgerät. Ähnlich wie auf einem Fernsehschirm, erscheint. Das Tempo und den Schwierigkeitsgrad der einzelnen Folgen bestimmt der Schüler selbst. Die nach jedem Lernschritt gestellten Fragen sind die objektive Kontrolle, ob das Pensum richtig verarbeitet wurde.

Die Computerauswertung gestattet dabei gezielte Hinweise, ob eine Wiederholung nötig ist und wie umfangreich sie sein muß.

Mit einem Programmsystem dieser computergesteuerten Unterweisung und Auswertung kann der Schüler seine Antworten auf die Kontrollfragen erstmals frei formulieren. Ein Beispiel: Auf die Frage nach dem Wesen des elektrischen Stroms in einem Leiter werden gleichwertige Antworten

wie "Transport nichtgebundener Elektronen" oder "Bewegung freier negativer Ladungsträger" vom Computer als richtig erkannt. Bei früheren Versuchen war es nur möglich, den Schüler aus mehreren zur Auswahl stehenden Antworten die richtige herauszusuchen zu lassen. Die frei formulierten Antworten übermittelt der Schüler dem Computer mit Hilfe einer Schreibmaschinentastatur, die zum Datensichtgerät gehört.

Ein solches System der programmierten Unterweisung fügt sich in jede Unterrichtsform ein - sei es in der Schule, Universität oder in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Der Lehrer wird durch den Computer nicht ersetzt, sondern durch die programmierte Unterweisung unterstützt und entlastet. Die Computerauswertung gibt dem Pädagogen ein objektives Urteil über den Wissensstand aller Schüler. Haben sie Schwierigkeiten, so kann ihnen individuell und schnell weitergeholfen werden. Außerdem nehmen die Schüler, da jeder für sich ungestört arbeitet, den neuen Lehrstoff intensiver und schneller auf.

Ein für die programmierte Unterweisung eingesetzter Computer soll, um wirtschaftlich zu arbeiten, später einmal zahlreichen Schulen gleichzeitig zur Verfügung stehen. Daneben wird er auch die Lehrer von den umfangreichen Verwaltungsaufgaben entlasten. Listen mit den Leistungen der Schüler, Vermerke über besondere Umstände, die bei der Benotung zu berücksichtigen sind, das Errechnen von Gesamtnoten, das Schreiben von Zeugnissen oder blauen Briefen, das Aufstellen von Stundenplänen - all dies kann der Computer nebenbei noch erfüllen. Versuche in dieser Richtung laufen bereits. Seit September 1969 speichert ein Computer die Einzelnoten der Schüler des Münchner Thomas-Mann-Gymnasiums zusammen mit den erforderlichen Zusatzinformationen, um daraus für die Zeugniskonferenz Notenvorschläge zu errechnen.

+ + +

Madrid - Bonn - Moskau

Neue Perspektiven der spanischen Außenpolitik

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die spanische Nachrichtenagentur "Europa Press" vergleicht Franz Josef Strauß mit Walter Ulbricht; beide hätten es darauf abgesehen, die Spannungen in Europa zu vertiefen. Die alte übereinstimmende Fronde der Kalten Krieger aus CDU/CSU und SED sei noch immer am Werke, während die gegenwärtige Bundesregierung ihr Bemühen darauf lenke, das Eis der innerdeutschen und der europäischen Ost-West-Beziehungen zu brechen und durch ein Klima abzulösen, das eine konstruktive Zusammenarbeit ermögliche. Die "Ultras" beider Seiten sähen nichts lieber, als die von Moskau vorgeschlagene gesamteuropäische Sicherheitskonferenz scheitern zu lassen, an der sich nach einer offiziellen Erklärung auch Spanien beteiligen wolle mit der festen Absicht, einen konstruktiven Beitrag für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu leisten.

Das Sprachrohr der seit Ende Oktober im Amt befindlichen Regierung, "Nuevo Diario", fand für Bonn nur Worte des Lobes: "Die offene, realistische und vorurteilsfreie Ostpolitik Brandts beginnt Früchte zu tragen. Der Weg ist weit, wie der Kanzler erkannte. Aber es war nötig, mit der Politik des Frontmachens endgültig Schluß zu machen und einer Politik der Zusammenarbeit grünes Licht zu geben."

In diesem Lichte beschen ist auch die von dem neuen Außenminister Gregorio López-Bravo aktivierte spanische Ostpolitik nichts als eine Angleichung an die Ostpolitik Bonns, die in Madrid seit Jahren als Vorbild gilt und die selbst von falangistischen "Ultras" nicht mehr desavouiert werden kann. Ostpolitik und Willy Brandt sind seit 1966 der gleiche Begriff in der spanischen Hauptstadt. Außenminister López-Bravo verhandelte kürzlich in Moskau über die Wiederaufnahme der seit 1939 unterbrochenen spanisch-sowjetischen Beziehungen, die bereits durch verschiedene wirtschaftliche Abkommen eingeleitet wurde und jetzt mit der Entsendung von diplomatischen Beobachtern beider Mächte in die jeweilige Hauptstadt fortgesetzt wird.

Madrid ist gleichzeitig ein Seismograph, um die Beziehungen zu den Araberstaaten auszuloten, die mit Spanien seit Jahren ein herzliches Verhältnis unterhalten. Spaniens Außenminister weilte jetzt in Kairo, um die spanische wirtschaftliche Präsenz in der arabischen Welt vertraglich sicherzustellen und der Araberliga eine Vertretung in Madrid zu ermöglichen. Spanischen Diplomaten wurde von ihren Araberkollegen die Hallstein-Doktrin als ein Ärgernis dargestellt, das sich eine politische Partei ausgedacht habe, um sich in die Angelegenheiten fremder Länder einzumischen. Irakische Diplomaten in Madrid vertraten die gleiche Ansicht, stehen aber, wie ihre übrigen arabischen Kollegen, der neuen Außenpolitik Bonns aufgeschlossen gegenüber. Die gegenwärtige Bonner Regierung verfügt über die große Chance, einerseits die Beziehungen zu Israel harmonisch auszugestalten und auf der anderen Seite auch den abgerissenen Draht zu den arabischen Ländern neu zu knüpfen. Keine Bonner Regierung verfügte bisher im Mittelmeerbecken über das Vertrauenskapital der Regierung Brandt. Die zurückhaltenden und spärlichen Kommentare, die aus der arabischen Welt über die Bonner Politik nach Madrid dringen, sind optimistisch und des Lobes voll. In den Augen der Mittelmeervölker, so scheint es, hat diese Bundesregierung wertvolles Vertrauen geschaffen.

Überwindung einer 50jährigen Zersplitterung?

Wenig Chancen für den "Dialog" mit den Kommunisten

Von Georg Scheuer, Paris

In diesem Jahr feiert die Kommunistische Partei Frankreichs ihren Geburtstag. Das heißt: Die historische Spaltung zwischen demokratischen Sozialisten und Kommunisten ist ein halbes Jahrhundert alt. Die Kluft zwischen den beiden Parteien konnte seither nicht überbrückt werden. Trotzdem kam es immer wieder zu Diskussionen, Debatten und Verhandlungen.

Das ist der geschichtliche Rahmen einer neuen Diskussion, die seit einigen Wochen zwischen der Sozialistischen Partei und der KPF begonnen hat. Sie wurde schon vor einigen Jahren von Guy Mollet eingeleitet, dann aber 1968 nach den Mai-Ereignissen und der sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei unterbrochen.

Gibt es jetzt bessere Chancen? Die Debatten sind für mehrere Monate anberaumt. Ob sie zu praktischen Ergebnissen führen können, bleibt abzuwarten.

Französische Besonderheiten

Die spezifisch französische Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß Rechts- und Linkskräfte einander ungefähr die Waage halten, wobei die einen gesammelt sind, die anderen aber zersplittert. Teil- und Nachwahlen zeigten letzthin, daß seit de Gaulles Rücktritt die Linkswähler wieder überwiegen. Das dürfte damit zusammenhängen, daß ein gewisser Prozentsatz von Linkswählern, der in Volksentscheiden für de Gaulle stimmte, diese Sympathien nicht auf Pompidou überträgt.

Ohne Überwindung der chronischen Zersplitterung der französischen Linken - nicht nur in Sozialisten und Kommunisten, sondern außerdem noch in eine Reihe von anderen mehr oder weniger einflußreichen linksdemokratischen und linkssozialistischen Parteien und Gruppen - ist an eine Wachablöse im Elysée nicht zu denken.

Schon die Spaltung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ging in Frankreich weiter als in anderen Ländern. Illustriert wird das durch die Tatsache, daß das von Jean Jaurès gegründete sozialdemokratische Zentralorgan "Humanité" - damals zu vergleichen mit dem Berliner "Vorwärts" - in die Hände der Kommunisten überging und heute schon als

tägliches KP-Zentralorgan erscheint.

Demokratische Sozialisten und Kommunisten verfügen in Frankreich durchschnittlich über je 20 - 25 Prozent Stimmen. Bei gemeinsamem Vorgehen beispielsweise in Stichwahlen kommen jedoch weitere Linkswähler hinzu, die sich sonst zwischen Sozialisten und Kommunisten nicht entscheiden wollen und daher lieber der Stimme enthalten. Eine "Einheitsfront" der Linksparteien wäre in Frankreich also, wie verschiedene Stichproben zeigten, keine blosse Addition der bestehenden Kräfte, sondern zum Teil gewissermaßen auch eine Multiplikation. Das ist einer der Beweggründe für die immer wiederkehrenden Verhandlungen zwischen den französischen Linksparteien.

Hindernisse und Schwierigkeiten

Von den Kräften der nichtkommunistischen, demokratischen Linken - normalerweise wie gesagt ungefähr 20 bis 25 Prozent der Wähler - erfaßt die aus der SFIO hervorgegangene Parti Socialiste jedoch derzeit nur einen Teil. Drei weitere Parteien werben gleichfalls mit wechselndem Erfolg um die Gunst der sozialistisch-demokratischen Wähler: Mitterrands Convention des Institutions Républicaines, Servan-Schreibers Parti Radical und die Mendès-France nahestehende linkssozialistische PSU. Eine Verständigung zwischen allen diesen Kräften läge im Interesse der französischen Demokratie.

Andererseits befindet sich auch die KPF gerade jetzt in einer Krise. Generalsekretär Valdeck-Rochet ist schwerkrank und wird sein Amt auf dem nächsten Parteitag im Februar abgeben. Der Chef der reformkommunistischen Opposition, Roger Garaudy, wird voraussichtlich ausgeschlossen. Die Auseinandersetzungen innerhalb der KPF haben sich in den letzten Wochen zugespitzt.

Das sind in groben Umrissen die Hindernisse und Schwierigkeiten der gegenwärtigen und nächsten Gespräche zwischen den französischen Linksparteien. Wahrscheinlich sind die Kontakte zwischen den Führungen der PS und der KPF nur ein Präliminar für weitere Verhandlungen zwischen allen Kräften und Richtungen der französischen Opposition. Die Vereinigung der demokratisch-sozialistischen Kräfte wäre jedenfalls die erste Voraussetzung für eine Entkrampfung der französischen Innenpolitik.